

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Koch'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Bezugspreis:

Monatlich in Neuenbürg
M. 1.50. Durch die Post
im Orts- und Oberamts-
verkehr, sowie im sonst.
inl. Fern. M. 1.80 m. Post-
bestellbar. Preise frei.
Preis einer Nummer
10 Pf.

In Fällen höh. Gewalt
besteht kein Anspruch auf
Lieferung der Zeitung od.
auf Rückerstattung des
Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle
Poststellen sowie Agen-
turen u. Austrägerinnen
jederzeit entgegen.

Verantwortl. Nr. 4.

Verlag Nr. 24
C. Koch'sche Buchdruckerei

Anzeigenpreis:

Die einsp. Zeile ober-
dem Raum im Bez. 20,
außerh. 25 Pf., Feil. 3.
80 Pf. mit In-Strauer.
Kollekt. Anzeigen 100%.
Zuschlag. Offerte u. Aus-
kunftserteilung 20 Pf. Bei
größ. Aufträgen Rabatt,
der im Falle des Mahn-
verfahrens hinfällig wird,
ebenso wenn Zahlung
nicht innerhalb 8 Tagen
nach Rechnungsdatum
erfolgt. Bei Tarifänder-
ungen treten sofort alle
früher. Vereinbarungen
außer Kraft.

Gerichtshand für beide
Teile: Neuenbürg.
Für tel. Austr. wird keine
Gewähr übernommen.

Nr. 74.

Mittwoch, den 30. März 1927.

85 Jahrgang.

Deutschland.

Berlin, 29. März. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags hat seine nächste Sitzung auf Freitag dieser Woche anberaumt.

Dr. Seipel als Vermittler für ein Ost-Lozano?

Berlin, 29. März. Wie der „Tag“ von besonderer Seite aus Wien erfahren haben will, soll der polnische Außenminister Lozano bei seiner Rückreise von Genf mit dem Bundeskanzler Dr. Seipel politische Verhandlungen geführt haben, aber nicht wegen polnisch-österreichischer, sondern wegen polnisch-reichsdeutscher Angelegenheiten. Er hätte angeblich versucht, den Bundeskanzler dahin zu beeinflussen, daß der Wiener Nachrichtenchef als Christlich-Sozialer bei dem Zentrumskanzler Dr. Marx Einfluß nehmen soll, um die Stimmung für einen Pakt mit Deutschland zu bereiten, bei dem Deutschland nicht nur den Verzicht auf gewaltsame Veränderung der Ostgrenzen aussprechen soll, sondern auch erklären soll, daß es keinerlei territoriale Forderungen auf dem Verhandlungsweg erheben würde. — Wir können uns nicht denken, daß ein Diplomat vom Range des Herrn Seipel, wenn eine solche Anregung von polnischer Seite überhaupt tatsächlich erfolgt sein soll — der „Tag“ behauptet es freilich und ist — Reizung befreundet haben wird, sich zu einer so unbedingten Vermittlerrolle herzugeben. Was der Kaiser hier erstrebt, ist ja nichts anderes als das verdrängte Ost-Lozano. Deutschland hat wahrlich kein Interesse an der Wiederherstellung und unangenehme Grenzverhältnisse, wie sie durch den Versailler Vertrag erzwungen wurde und die früher oder später revidiert werden muß, zu garantieren.

Ausland.

Genf, 29. März. In Genf konnte keine Einigung über die Referendumsfrage in der Abrüstungskommission erzielt werden.

London, 29. März. Die Erklärungen Chamberlains über die Chinapolitik werden in der Londoner Presse noch verstärkt und zu Drohungen gesteigert.

Belgrad, 29. März. Der italienische Gesandte in Belgrad, General Rodiere, beschuldigt in einem Interview die jugoslawische Regierung, daß sie die Komitutsch-Unterstützung an der albanischen Grenze begünstigt.

Frankreich auch gegen Flottenaufrüstung.

Paris, 29. März. Der französische Marineminister Georges Legues hat auf einem Bankett eine Rede, in der er sich gegen die von Washington verlangten Einschränkungsmaßnahmen wendete und darauf hinwies, daß Frankreich noch mehr als England und die Vereinigten Staaten eine Flotte benötige, die zwischen dem Mutterland und den Kolonien enge Beziehungen aufrecht erhalten könne. „Frankreich“, so erklärte der Marineminister, „besitzt ein fast ebenso gewaltiges Kolonialreich wie England und die Vereinigten Staaten und kann sich den Luxus nicht gestatten, die Sicherheit seiner Kolonien zu gefährden. Wir müssen zudem unseren internationalen Handel aufrecht erhalten, um unsere Rohstoffe zu verwerten, die wir in den Kolonien gewinnen.“ — Aus den Erklärungen Legues scheint hervorzugehen, daß die Zurückhaltung der französischen Regierung gegenüber Washington in der Seeaufrüstungsfrage sich noch weiter vertieft hat.

Überster Wahltag in England.

London, 29. März. Die Wahl zum Unterhaus im Süd-Londoner Bezirk North-Southwark, die durch den Uebergang des Mandatsinhabers Dr. Guesst von der Arbeiterpartei zur konservativen Partei notwendig wurde, hat den Liberalen binnen einer Woche den zweiten großen Wahlerfolg und seit länger Zeit den ersten Mandatserfolg gebracht. Der liberale Stadtrat Strauß, ein Angehöriger einer in England normalerweise deutschen Familie, erhielt 7334 Stimmen, der Kandidat der Arbeiterpartei Isaac 6167, Dr. Guesst als Konservativer 3250 Stimmen.

Neue Straf-Expedition nach der Blas-Vucht.

London, 29. März. „Chicago Tribune“ meldet aus Schanghai: Die britische Marinebehörde haben heute eine zweite Strafexpedition ausführen lassen, durch die der Schlußpunkt der chinesischen Piraten in der Blas-Vucht bei Hongkong so gut wie zerstört wurde. Mehr als 50 chinesische Piraten wurden verhaftet und 150 Häuser zerstört. An der Expedition beteiligten sich 4 Kriegsschiffe, 300 Mann und mehrere Flugzeuge. Zuvor hatten die britischen Behörden die Einwohner aufgefordert, die Flüsse zu räumen.

„Die Union gibt Südwesafrika nicht mehr heraus“.

Die führende englische Kolonialzeitschrift „The African World“ schreibt über das südwesafrikanische Problem: Zu verschiedenen Gelegenheiten ist festgestellt worden, daß die Einwanderungen oder Rückwanderungen neuer Deutscher in Südwesafrika keinen Einfluß haben auf die zukünftige Stellung des Mandatsgebietes Südwesafrika im Rahmen der südafrikanischen Staaten. Mehrfach ist von den Deutschen im Lande versichert worden, daß das Schicksal der Kolonie in Europa und nicht in Afrika entschieden wird. Der „Windhoek Advertiser“ ist anderer Meinung. Die Zeitung ist der Ansicht, daß, solange das Mandat besteht, der Völkerverbund, mit anderen Worten die europäischen Staaten, ein direktes Interesse an den südwesafrikanischen Angelegenheiten nimmt und sich nicht mit einer unbestimmten Autorität begnügt. Zur gegebenen Zeit, wenn Südwesafrika seine Kinderjahren hinter sich hat, wird die formale Zustimmung des Völkerverbundes für die Abschaffung des nicht länger notwendigen Mandatsystems erforderlich sein. Aber daß der Völkerverbund oder einige von den europäischen Staaten Südwesafrika als Pflanzland benutzen wollen im Zusammenhang mit den großen internationalen Streitpunkten in diesem Teile der Erde, ist sehr unwahrscheinlich. Die Zukunft des Landes ist eng verbunden mit der Zukunft der Nation, die sich in Südwesafrika entwickelt. Schlußendlich wird die Union von der Union geschickt werden, befalls wird sie ein Teil werden der großen Föderation der südafrikanischen Staaten. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht, es sei denn, daß sich die Ereignisse von 1914—1918 wiederholen. Eine Abtötung unter den 5000 Weißen in Südwesafrika würde niemals dazu

führen, daß Deutschland in Südwesafrika wieder Fuß fassen und ein Reich in Genf würde das gleiche Ergebnis haben. Südwesafrika wird an Deutschland zurückfallen, wenn die Südwesafrikanische Union das nicht länger verhindern kann, sei es auf irgend welchen Druck hin, sei es durch Waffengewalt. Ähnlich liegen die Dinge für das Imperium hinsichtlich des Mandatsgebietes Tanganika. Das sollten sich alle vor Augen führen, die es angeht.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg, 29. März. (Unzulässige Briefumschläge.) Damit die Deutlichkeit der Anschrift, sowie die Anbringung der Stempelabdrücke und der postidentifizierenden Merkmale nicht beeinträchtigt wird, ist bekanntlich für Briefsendungen vorgeschrieben, daß die sich nicht auf die Beförderung beziehenden Angaben (Absender-Angaben usw.) auf das linke Drittel der Vorderseite der Briefumschläge beschränkt bleiben sollen. Nach den Ausführungsbestimmungen zu diesen postalischen Vorschriften können vorhandene Bestände, die dieser Vorschrift nicht entsprechen, wie z. B. über den ganzen oberen Teil der Vorderseite der Briefumschläge den Absender enthalten, zwar bis zum 1. Oktober 1927 angebracht werden. Die großen Mengen, in denen Sendungen mit solchen unzulässigen Briefumschlägen jetzt noch eingeliefert werden, lassen aber vermuten, daß es sich dabei oft auch um Neudrucke handelt. Es wird daher darauf aufmerksam gemacht, daß derartige Briefumschläge nach dem 1. Oktober 1927 für Postsendungen nicht mehr verwendet werden dürfen. Ingleich sei mitgeteilt, daß fortan verschwiegen auch Druckfaden im Gewicht von über 20 bis 50 Gramm zur Verteilung als „Büchsendungen“ durch die Post zugelassen werden. Die Gebühr beträgt 3 Pf. Ferner wird die Mindestzahl einer Einlieferung an Postsendungen im Fernverkehr von 500 Stück auf 100 Stück, im Ortsverkehr von 100 Stück auf 50 Stück herabgesetzt.

(Wetterbericht.) Die Depression im Nordwesten hat sich abgewandt. Für Donnerstag und Freitag ist aber immer noch ziemlich bedecktes, wenn auch nur zu geringen Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Wirkfeld, 29. März. Die Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei im Distrikt 1. „Schwarzwaldbund“ hatte einen guten Besuch zu verzeichnen, was es doch von großem Interesse, über die Verhältnisse auf dem Rathaus unterrichtet zu werden. In diesem Punkt ergriff Genosse Vech das Wort, der allem voraussagte, daß die Erwerbslosigkeit das ernsteste Problem sei, das von dem Gemeinderat gelöst werden müsse, wenn auch vielfach Unmut gerannt wurde besonders von denjenigen, die nur propagandistische Gerüchten Glauben schenken, ohne auf den Grund zu geben; so müsse er feststellen, daß die sozialdemokratische Fraktion sich auf das intensivste damit befaßt hätte, die Not der Opfer der heutigen Wirtschaftskrise durch produktive Erwerbslosenfürsorge zu lindern; daß durch den Straßenbau nicht alle untergebracht werden könnten, und auch Ablosungen erfolgen müßten, liege in der Struktur der Sache selbst. So war es z. B. auch nicht möglich, das Steinmehl durch die Erwerbslosen zu bewältigen, da die Verschotterung auf dem schnellsten Wege vor sich gehen muß, um noch vor Eintritt des Winters die Straße dem Verkehr zu übergeben. Die Kosten werden sich auf 137 000 Mark belaufen, wovon rund 60 000 Mark von Amtskörperschaft und Staat eristet werden. Darauf ging er auf die schon 1 1/2 Jahre andauernde Gehaltsfrage über, das Ergebnis sei jetzt nach Verhandlungen mit dem Oberamt, daß dort der Gehalt als notwendig erachtet werde und nach erneuter Ablehnung durch den Gemeinderat er zwangsweise in den Etat eingestellt zu werden drohe. Die Genehmigung des Rathhauses begründete der Referent damit, daß schon Mauerwerke vorhanden seien und auch in fortschreitender Hinsicht die Notwendigkeit bestehe. Auch das Feuerwehrgesetz sei ein dringendes Bedürfnis, da im alten viele Schläuche verdorben sind und außerdem durch Mißstände die Schlagfertigkeit der Wehr gefährdet sei. Auch der Schule wendete die Fraktion ihre Aufmerksamkeit zu, indem sie für Einrichtung einer Hauswirtschaftsschule stimmte, es liegt ja auch im Interesse der Männerwelt von ihren Frauen und billig bedient zu werden. Die Diskussion entsfaltete sich lebhaft und namentlich die Beamtenghälter der oberen Gruppen, die am Mark des Volkes stehen, lösten großes Mißfallen aus; auch die Wohnungsnot müsse gelindert werden. Der Vorsitzende, Genosse Brenner, gibt einen Bericht von der Bezirkskonferenz, aus dem herauszugehen wäre, daß die Wohnungsnotfrage der Bauwirtschaft dem Gemeinderat überlassen hätte, bei dem keinen Prosentatz der Genehmigungen sei es aber ein Wunsch, diese Frage zu lösen, ohne Entschuldigungen herauszubekommen. Die Bezirkskonferenz fällt in diesem Jahr Wirkfeld zu. Darauf gibt Genosse Vech einen Bericht von der Bezirkskonferenz, aus dem hervorgeht, daß der Gemeinderat vier schwierige Fragen zu lösen habe. Für die Erwerbslosenfürsorge, die eine bleibende Erscheinung zu bleiben drohe und bedingt sei durch Krieg und Wirtschaftsumstellung, hätten sie volles Verständnis und seien bemüht, Arbeiten bereitzustellen. Die Erweiterung des Krankenhauses sei im Interesse der Fernreisen nötig geworden, denn die Unterbringungsverhältnisse seien die denkbar schlechtesten gewesen. Auch die Aufwertungsfrage der Oberamtsparke, die tief einschneidend die Interessen der Amtskörperschaft berührt, hänge als Damoklesschwert über dem Bezirk. Zum Schluß streifte er noch die Frage der Schwarzwaldbundverwaltung der Stadt Stuttgart. Im Ganzen genommen waren die Ausführungen interessant und lehrreich, wofür dem Gen. Vech durch den Vorsitzenden auch gedankt wurde. Mit einem Aufschrei, die Partei zu werden, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Brief aus Enzklösterle. Der Winter, von dem wir hoffen, daß er nun vorbei ist, hat uns in unserer letzten Winterwoche Abwechslung gebracht. Nachdem die Weihnachtsferien vorüber waren, trat der gemächliche Eber im Februar an die Öffentlichkeit und erfreute seine zahlreich erschienenen Gäste

mit einem durch Gesänge und theatralische Aufführungen abwechslungsreichen und wohl gelungenen Programm. — Anfangs März nahm sich Herr Vicker, Bildhauer, der 10 Jahre in Deutsch-Südwesafrika als Farmer tätig war und den Weltkrieg in unserer ehemaligen Kolonie mitemachte, die Mühe, uns im Bild die Schönheiten und Sonderheiten dieses Landes zu zeigen. Sein Vortrag, der von patriotischem Geist befeuert war, brachte so recht zum Ausdruck, was wir an diesem Land und unserer Kolonien überhaupt verloren haben und auch seinen Ausklang in dem Wunsch, daß jeder Deutsche ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit die Bestrebungen, wieder in den Besitz unserer Kolonien zu kommen, unterstützen möge. — Vor einigen Tagen fand die Schulentlassungsfeier statt. Der städtische Besuch zeigte, daß die Schüler sich in unserer Gemeinde gut eingebürgert haben und sich eines regen Zuspruchs erfreuen dürfen. Der würdige Verlauf der Feier und die schönen Gesänge und Vorträge der Schüler ließen die Teilnehmer mit dem Gefühl scheiden, im Kreise der Jugend einige angenehme und heitere Stunden erlebt zu haben. In den Kinderbergen wird dieser Tag noch lange als schöne Erinnerung nachklingen, nicht zuletzt wegen des Geschehenes, mit dem der zur Entlassung kommende Jahrgang bedacht wurde. — Im Vereinsleben ist etwas Ruhe eingeleitet. Nur der Kriegerverein trifft schon umfangreiche Vorbereitungen zur Feier seines 50-jährigen Bestehens, welche am 10. Juli d. J. stattfinden. Das Programm ist in der Hauptsache bereits festgelegt, mit den Einzelheiten wird sich der Festausschuss in der nächsten Zeit zu beschäftigen haben. Tags darauf soll ein Kinderfest abgehalten werden. Um von der Bitterung nicht ganz abhängig zu sein, wurde von der Frau Brauhans M. ein Zelt gemietet, in welchem 800 Personen bequem Sitzgelegenheit haben. Dem Verein wäre durch die anstrengenden Arbeiten des Festausschlusses eine große Beteiligung und ein schöner Verlauf des Festes zu wünschen.

Höfen, 29. März. Die hiesige Schule veranstaltete unter Mitwirkung von Lehrern und Schülern eine schöne Veetshovenseier. — Am vorigen Sonntag wurden vier 25 Kinder, 11 Knaben und 14 Mädchen konfirmiert. Davon sind 2 (ein Knabe und ein Mädchen) aus Kettenbach. Die Konfirmanden unterzogen die erste Feier mit schönen Gesängen. Der vorausgehende Gottesdienst wurde vom Kirchenchor durch die H. Mendelssohn'sche Choralkantate „Du meine Seele singe“ für Chor, Orgel und Soli und Violine eingeleitet. Gestern durften die Konfirmanden, die in diesen Tagen auch aus der Schule entlassen werden, mit ihrem Lehrer einen Ausflug nach Karlsruhe machen, und heute abend wird ihnen zu Ehren in der Schule noch eine Schulentlassungsfeier abgehalten. So haben alljährlich am diese Zeit die Konfirmanden im Mittelpunkt des Interesses. Mögen sie sich der Bedeutung der drei großen Ereignisse: Konfirmation, Schulentlassung, Berufswohl, die zeitlich zusammenfallen, bewußt sein! — Oheimwitz 2 u. 3 a. e. r. passierte auf dem Weg von Neuenbürg nach Höfen das Mißgeschick, infolge Ausgleitens ein Bein zu brechen. Ein vorbeikommandes Fahrzeug brachte den Verunglückten in seine Wohnung.

Württemberg.

Stuttgart, 29. März. (Verbilligung der Sonderzüge.) Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft teilt mit: Die für die Stellung von Sonderzügen für kleinere Gesellschaften geltenden Tarifbestimmungen erfahren in Kürze eine für die Benutzer wesentlich günstigere Gestaltung. Die Mindestzahl der zu leistenden Fahrkarten wie der zu zahlende Mindestbetrag werden erheblich herabgesetzt. Auch die Benutzung von Sonntagsrückfahrkarten wird in Ausnahmefällen zugelassen. Hinfällig gerät schon die Abnahme von 70 Fahrkarten 2. Klasse oder 100 3. Klasse oder 150 4. Klasse und, wenn der Sonderzug binnen 24 Stunden hin- und zurückfährt, sogar von nur 40 Fahrkarten 2. Klasse oder 70 3. Klasse oder 100 4. Klasse gegen früher 80 Fahrkarten 2. Klasse oder 120 3. Klasse oder 160 4. Klasse. Der zu zahlende Mindestbetrag wird von 150 auf 100 RM. ermäßigt.

Stuttgart, 29. März. (Spar- und Konsumverein.) Nach dem Geschäftsbericht des Spar- und Konsumvereins Stuttgart sind trotz der gedrückten Wirtschaftsverhältnisse die Umsätze von 9 400 000 Mark im Jahr 1926 auf 13 000 000 Mark im Jahr 1926, also um 37,6 Prozent, gestiegen. Die Mitgliederzahl liegt bei 41 097 auf 43 573. An Geschäftsanteilen wurden im Berichtsjahr 74 000 Mark neu eingesahlt. Sie sind auf 841 331 Mark angewachsen, jedoch auf den Kopf des Mitglieds 20 Mark entfallen. Die Gesamtsumme der Sparanlagen beliefert sich auf 1 300 000 Mark einschließlich der aufgumerten alten Mitglieder Guthaben und Zinsen. Die Liegenhaften des Vereins sind an Umfang erheblich gewachsen. Die Geschäftsumsätze sind mit dem gesteigerten Umsatz von 18,3 Prozent im Jahresdurchschnitt 1926 auf 16,2 Prozent im Jahre 1926 gesunken. Die Gesamtumsatzsumme beträgt 2 118 000 Mark, wovon er sich für Löhne und Gehälter 1 154 300 M. — 54 Prozent der Gesamtumsätze befinden. Der Gewinn stellte sich auf 452 275,59 Mark.

Leonberg, 29. März. (Glücklicher Gewinner.) Der Hauptpreis der Biermarkenlotterie, bestehend in einem dem Ferdinandsverein Leonberg angekauften Pferd, wurde gestern dem Gewinner, einem Sigmaringer, hier in Empfang genommen und sofort an einen hiesigen Landwirt verkauft.

Heilbronn, 29. März. (Ein folgenschweres Autounfall.) Wegen fahrlässiger Föhrung in Lateinbeit mit einer Uebertretung des Kraftfahrzeuggesetzes hatte sich der 23 Jahre alte Einhaber der K.F.L. Fahrzeugwerke in Heilbronn, Karl Gailing vor dem Schöffengericht zu verantworten. Er fuhr am 22. Oktober 1926 auf der Staatsstraße von Heilbronn nach Neuenbürg mit einem 8/40 Wagen und einer Geschwindigkeit von ca. 80 Kilometer und wollte den auf seinem 2 P.Z. Motorrad voraus fahrenden Bauwerkmeister Ludwig Schädel von Heilbronn überholen. Dies gelang ihm aber nicht, vielmehr wurde der Motorradfahrer durch den Anprall samt seinem Motorrad überfahren und so schwer verletzt, daß er nach wenigen Augenblicken verstarb. Der Vertreter der

den 30-38
b 30-40
et b 77-80
eine 62-64
60 (56-59)
verlauf ruhig,
rieben waren
Saren, ein
and 8 Stück
widht: 11-
7, 3, 59-61
und schließ-
lich, Mar-
schall, die
Stallpreis
der als ver-
Personung
dort entlos
ist höchst
Montag er-
Sach Ver-
Oberingenieur
d, daß er ob-
schen wochen
desolore und
Auch der
ist, verlegt
de von den
om Reichs-
1760 nach
Kaufmann
durch des
Befriedigung
Wohlfahrt
eruptgläubiger
nen. — Ob-
schen im
im Zentrum
ber den Hof
schweigen
eten.
bei Oe-
rent lebende
eiche Messer-
angenehm,
gegangen hat
den Schmir-
elgeschloffen
rand, 300
Dasslein kle-
en und Jona.
in Kation
gebildeten
mit Knüppel
mannschaften
der des Ad-
de angebot,
ge betreffe
chspersonals
in Bundesrat
900 Franke
hat sich der
lung noch
eingebracht
abzuschaffen.
pandereaus-
son, glaubt
haupt kein
festfaal der
schuldlige,
ige promi-
ent Mar-
Reichstags-
der Vater-
weise über
führte aus
e Vertrag
als Volks-
son noch
cht mehr.
ite aus in
ung dieses
eben mül-
berlasse ich
bare Ge-
in Freund
nach zu
ich, geben
erem Leid-
Sie gehen
schnell von
nicht um-
schicken,
ereste sein.
abgedrückt,
eine Brief-
prochener
eine for-
er sie in
sen erhob-
wieder,
terhaltung
sicht zuge-

gemeinsam den moralischen Mut aufbringen, den erpreßten Schulparagrafen vor der gesamten Welt zu widerrufen. Nichts wäre vertriebler, als zu glauben, der Völkerverbund Deutschlands bedeute eine stillschweigende Anerkennung von Deutschlands Schuldlosigkeit. Aus Gründen der nationalen Ehre muß sich jeder einzelne für das Problem verantwortlich fühlen. Erst wenn der Schulparagraf von uns genommen ist, dann ist Friede in Europa. Der Redner fand für seine temperamentsvollen Ausführungen starken Beifall. Einmütig wurde sodann folgende Entschließung angenommen: Durch die Veröffentlichungen des Auswärtigen Amtes und durch die Befundungen namhafter Staatsmänner, Politiker und Gelehrter des Auslands ist heute vor aller Welt dargelegt, daß die Behauptung von Deutschlands Schuld an Weltkrieg in den geschichtlichen Tatsachen keine Stütze findet. Die in Stuttgart zu einer Kundgebung gegen die Kriegsschuldfrage versammelten Tausende deutscher Männer und Frauen aller Stände und Parteien richten daher an den Herrn Reichspräsidenten das dringende Ersuchen, getreu seiner Oberhoheit aus dem Jahre 1925 an das deutsche Volk, die Reichsregierung anzuweisen, unabhinglich und mit allen Mitteln die Befreiung jener Artikel aus dem Versailler Vertrag zu betreiben und damit den deutschen Namen von dem ungerechten Makel zu befreien, der heute noch auf ihm lastet, um durch Selbstachtung zur Wahrung der Welt durch Selbstvertrauen zu Vertrauen der anderen zu gelangen.

Dr. Sproll Bischof von Rottenburg.

Rottenburg, 29. März. Vom Bischöflichen Ordinariat wird mitgeteilt: Das Domkapitel hat den hochwürdigsten Herrn Kapitularvikar Dr. Sproll, Titularbischof von Alania, zum Bischof von Rottenburg gewählt. Seine Erhebung der Apostolischen Nuntiatur in Berlin hat dem Erzbischofen und allen Rottenburgern Diözesanen telegraphisch seine herzlichsten Glückwünsche ausgesprochen. Die Bestätigung durch den Heiligen Vater wird in Bälde zu erwarten sein. Der zum Bischof von Rottenburg gewählte bisherige Vikar Dr. Sproll, Kapitularvikar und Weihbischof Dr. Johann Baptist Sproll, ist am 2. Oktober 1870 in Schweinhausen, W. B. geboren. Er wurde im August 1895 Vikar in Döps, W. B. und im Juni 1897 in Oberndorf a. N. im gleichen Jahre noch Präseminarvikar in Wiesentheid und im November 1897 Sekretär am Bischöflichen in Tübingen. Am 3. Dezember 1900 berief ihn der Bischof zunächst als provisorischer Subregens ins Priesterseminar, 1909 wurde er Kurar in Rottenburg, W. B. ernannt, bis er an Stelle des verstorbenen Domkapitulars von Moser ins Domkapitel berufen wurde. Als Vertreter des Bischofs war Domkapitular Sproll auch Mitglied der Ersten Kammer. Dr. Sproll ist geschult Historiker und hat geistvolle geschichtliche Studien veröffentlicht, u. a. im Diözesanarchiv für Schwaben. Für das Königreich Württemberg fertigte er die Geschichte von neun Oberämtern. Er ist auch Mitglied der Kommission für Landesgeschichte. Besonders gearbeitet hat er in den vielen katholischen Organisationen. Die Wahl Dr. Sprolls zum Bischof wird in katholischen Kreisen, wo der Gewählte schon bisher größte Sympathien genoß, mit Freude begrüßt werden. Man wird es aber auch mit Genugtuung empfinden, daß der verwaiste Bischofsstuhl nunmehr wieder besetzt ist.

Ein ministerieller Entschluß.

Seltzbrunn, 29. März. In verschiedenen Gemeinden, die die Firma Bichli mit ihren Verkaufsaufständen besucht, wurden ortspezifische Vorschriften erlassen, worin dieser Firma die Aufstellung der Autos auf öffentlichen Straßen aus polizeilichen Gründen verboten wurde. Wegen der Vorschriften hat die Firma Bichli Beschwerde beim Ministerium des Innern erhoben. Diese Beschwerde wurde vom Ministerium abgewiesen. (Es ist dieselbe Firma, wegen deren Großbetrieb im Hausierhandel die Zentrumsabgeordneten Dangel, Straßl, Keller und Gen. eine Anfrage wegen der schädigenden Wirkungen dieses Groß-Händlerhandels an die Regierung richteten [s. Montag-Engländer vom 2. März d. J.] Schrift.)

Zu den Zwischenfällen im tschechischen Landtag.

Dresden, 29. März. Zu Beginn der heutigen Landtagssitzung teilte der Präsident zu den Vorgängen am Donnerstag mit, daß der Abgeordnete Kuschner (Komm.) für die nächsten drei Sitzungen ausgeschlossen ist. Im weiteren Verlauf der Sitzung verteidigte sich der Abgeordnete Böhme ausführlich gegen die erhobenen Vorwürfe, während die Sozialdemokraten und Kommunisten bis auf einen Vorposten demonstrativ den Saal verließen. Ministerpräsident Held stellte fest, daß die Vorgänge am Donnerstag wohl das unerhörteste waren, was je in einem deutschen Parlament nach dem Kriege vorgekommen ist. Die Vorgänge vom Donnerstag seien durchaus geeignet, die Republik verächtlich zu machen. Aus diesem Grunde habe die Regierung Strafantrag gestellt. Die Ausführungen des Ministerpräsidenten wurden von der Linken gefolgt durch Zwischenrufe und Lärmen unterbrochen.

Deutsche Ausfuhr nach Frankreich.

Berlin, 29. März. Die französische Presse, die sich ja bei jeder Dingen von jeder wenig an Vereinbarungen gehalten und ihr Schweißgeld nicht zu oft gebrochen hat, brachte in den letzten Tagen eine Reihe von Indispositionen über die Vereinbarungen zu dem deutsch-französischen Handelsprovisorium. Dabei sah sie es vor allem als ihre Aufgabe an, eine möglichst günstige Situation für die französischen Unterhändler zu konstruieren und nachzuweisen, daß Frankreich der gewinnende Teil bei dem Kommerz wäre. So wurde u. a. von einer Verabreichung des Zollgesetzes für französische Weine auf ungefähr ein Fünftel gesprochen, was einen Sonderzoll über die Weinsteuern hinaus bedeuten würde. Wie wir an zuständiger Stelle hören, ist natürlich Frankreich lediglich für ein gewisses Kontingent, über dessen Größe genaue Zahlen allerdings noch nicht zu erwarten sind, das aber hinter den Angaben der französischen Presse — 40 Millionen Francs — wohl erheblich

zurückbleiben dürfte, die Weinsteuern genau wie den spanischen und italienischen Weinen gemährt worden. Die Weinsteuern führen eine Ermäßigung des autonomen Zollgesetzes herbei. Dafür ist uns für Ebenitalien ein Kontingent von 15 Millionen Francs gemährt worden, das — ebenfalls entgegen der Darstellung der französischen Presse — dem freien Markt zugeführt werden kann. Die ferner zugefügten Kontingente für Maschinen betragen 23 Millionen, für elektrotechnische Artikel 17 Millionen und für Bier und Holzwaren ungefähr 60 Millionen Francs. Diese zugefügten Kontingente bedürfen natürlich noch der Genehmigung der kompetenten Ministerien und der Parlamente. Die angeführten Kontingente sind gedacht für einen Zeitraum von nicht ganz einem Vierteljahr. Sie befinnen nämlich Gültigkeit für die Zeit vom 1. April bis zum 30. Juni, bis zu welchem Datum das Handelsprovisorium, erweitert eben durch das bei den jetzigen Verhandlungen abgeschlossene Zusatzabkommen, verlängert werden soll.

Die deutsche Industrie zu den Pariser Wirtschaftsverhandlungen.

Berlin, 29. März. Der Reichsverband der Deutschen Industrie präsidiert seine Stellungnahme zu der Frage des Abschlusses eines Teilsabkommens mit Frankreich gegenüber der Reichsregierung in längerer Ausführungen. Der Reichsverband stellt fest, daß die deutschen Industriezweige bis auf wenige Ausnahmen in den französischen Zuständen übergegangen seien. Insbesondere aber der deutsche Weinbau. Der Reichsverband der deutschen Industrie hält den Abschluß eines Provisoriums mit Frankreich nur dann für gerechtfertigt, wenn es für einen längeren Zeitraum die Exportindustrie vor dem Inkrafttreten der französischen Zolltarifnovelle in ihrer jetzigen Gestalt schützt und gleichzeitig allen Exportindustrien auf ihren Hauptgebieten Ausfuhrmöglichkeiten bringt, die der Freigabe des wichtigsten deutschen Kommodensobjektes, der Einräumung der Weinsteuern für Wein an Frankreich, entsprechen.

Winger-Protokoll.

Trier, 29. März. Der Bauverband Trier des Wingerverbandes der Mosel und Saar erhebt in einer Entschließung an den Reichsfiskus Protest gegen die neuen Handelsabmachungen mit Frankreich, bei denen wieder einmal der Weinbau geopfert worden sei, und die geeignet seien, zu Erschütterungen wirtschaftlicher und sonstiger Art zu führen.

Fortsetzung der Wehrdebatte.

Berlin, 29. März. Unerwartete Hilfe erfährt heute bei der Weiterberatung des Gesetzes im Reichstag die Opposition durch Herrn Bredt von der Wirtschaftlichen Vereinigung, der — ob nur durch seine Person oder die ganze Fraktion, weiß man ja nie — sich der demokratischen Forderung nach Kürzung des Heeresetats um 10 Prozent anschließt. Einen solchen Abstrich „im Bausaal“ hält Herr Voß von der Bayerischen Volkspartei für undurchführbar, und er forderte die Oppositionsparteien auf, doch näher anzugeben, an welchen Positionen gespart werden solle, nachdem der Ausschuß trotz eingehender Prüfung keine weiteren Verringerungsmöglichkeiten habe ausfindig machen können. Von sozialdemokratischer Seite wurde darauf erwidert, daß beispielsweise das Kapitel „Waffen und Munition“ sehr wohl eine beträchtliche Einsparung ertrage, ohne daß die Schlagfertigkeit der Armee dadurch gefährdet sein würde. Diese Auffassung bemühete sich der Reichswehrminister zu widerlegen: die anderen verständen über große Reservebestände, während wir, die gesparten wurden, alles Material zu zerstören, erst die Voraussetzungen für die Munitionsherstellung neu schaffen müßten. Dr. Gieseler blieb dabei, daß Streichungen im Etat ausgeführt seien. Wenn dem Reichstag die Armee zu teuer sei, dann gebe es nur eines: die Truppenzahl herabzusetzen. Natürlich weiß der Minister genau, daß zu einem so einschneidenden Beschluß, der angesichts der Rüstungen namentlich der Franzosen an Selbstmord grenzen würde, eine Mehrheit nicht zu haben ist. Das Zentrum schloß diesen wirkungslosen Argumentationen sich an. Auch die Demokraten wollen selbstverständlich keine Schwächung unserer Wehrkraft. Ausdrücklich wies daher der Abgeordnete Hönneburg im Namen seiner Fraktion die allzu schematische Auslegung der demokratischen Kürzungsanträge zurück. Für die beiden völkischen Gruppen sprachen vor langsam veredeltem Hans die Herren Deanning und Reventlow, dieser in seiner Rede gefügigen Manner mit endlosen Nebenwärtigen ins außenpolitische Gebiet. Daß gegen solchen Mißbrauch der Redesitz schließlich der Sozialdemokrat Dittmann Einspruch erhob, war wirklich nur allzu berechtigt. Man sollte gegenüber diesen Grüppchen ruhig etwas weniger Entgegenkommen zeigen. Morgen wird man die Debatte abschließen können. Ueber das Schicksal der Mißtrauensanträge besteht kein Zweifel. Für sie werden nur die Sozialdemokraten und Kommunisten stimmen, die Demokraten werden sich mindestens der Stimme enthalten. Dr. Gieseler braucht sich um seinen Etat keine Sorgen mehr zu machen.

Keine Rücktrittsabsichten Gieslers.

Berlin, 29. März. Die Gerüchte von einem bevorstehenden Rücktritt Gieslers werden in Kreisen, die dem Reichswehrminister persönlich und mensichlich nahestehen, nicht für ernst genommen. Man glaubt vielmehr annehmen zu dürfen, daß Dr. Gieseler in der Arbeit Trost und Befriedigung für seinen furchtbaren Schmerz zu finden entschlossen ist. Auch das Auftreten des Reichswehrministers im Parlament, zumal sein Vortritt gegen Entsetzen, wird von diesen Kreisen nicht gerade als Klugung zur Reflektion gedeutet. Man darf vermuten, daß es in der bevorstehenden „Montags“-Sensation diesmal sich um einen Versuchsballon gehandelt hat, den irgend jemand, vielleicht sogar ein an diesen Dingen mit persönlichem Ehrgeiz Interessierter, aufblättern ließ.

Zur Volkstrübe.

Nach einer Londoner Meldung der „Post“ hat Südspanien die Großmächte benachrichtigt, daß es sich bedroht fühle

durch die mit italienischer Hilfe ausgeführte allgemeine Mobilisierung in Albanien.

Neue Erklärungen des Generalsuperintendenten Dibelius.

Berlin, 29. März. Wie die „Post“ meldet, hat Generalsuperintendent D. Dibelius zu seinen Äußerungen der „Post“ weiterhin berichtend mitgeteilt, daß er nicht behauptet habe, der in Frage stehende Nord sei vor 8 Jahren von den Kommunisten begangen worden. Auch habe er nicht behauptet, daß die gegen Schmoor erhobenen Anschuldigungen an und für sich haltlos seien, oder daß ein Nachspiel im Landtag stattfinden werde. Von einem Eingriff in ein schwebendes Verfahren sei also keine Rede. Er habe es als seine Ritterpflicht als Vorgesetzter gehalten, einem Geistlichen gegen den ungeheuerlichen Vorwurf, er habe mit mordbedingten Sünden 8 Jahre lang sein Pfarramt ausgeübt, zur Seite zu treten. Einen Vorwurf habe er nur insofern erhoben, als durch die Abholung zur Vernehmung das Gerücht verbreitet worden ist, der Pfarrer sei unter Vorverhaft verhaftet worden. Dazu habe es nicht kommen dürfen und nicht zu kommen brauchen. Wenn im übrigen eine Verletzung aufgedeckt worden sei, so würde diese unverzüglich Sühne finden.

Keine Rückkehr Wilhelms II.

Hamburg, 29. März. Die „Hamburger Nachrichten“ haben von dem Leiter der International News Service, Dunbar Meyer, der von einem Besuch auf Schloss Doorn zurückkehrte, folgende Mitteilung erhalten: „Ich bin in der Lage, aus bestimmter Quelle zu erklären, daß weder vom Kaiser selbst, noch von seiner Gemahlin, noch vom Hofmarschallamt irgendwelche wie auch immer geartete offiziellen oder inoffiziellen auf eine eventuelle Rückkehr des Kaisers nach Deutschland zielenden Schritte unternommen wurden. Auch besteht in Doorn nicht die geringste Absicht, solche Schritte zu unternehmen. Es wird von denen, die immer das Gegenteil behaupten, ein erschütternder psychologischer Faktor überleben, nämlich daß der Kaiser es mit seiner Würde für unvereinbar und in der ganzen Natur der Dinge für absolut unmöglich hält, unter der jetzigen Staatsform um die Erlaubnis zur Rückkehr nach Deutschland zu bitten. Was die Juridiktion eines Teiles des Berliner Palais für die Gemahlin des Kaisers betrifft, beabsichtigt die Kaiserin Hermine keineswegs, dort längere Zeit Wohnung zu nehmen. Das Palais soll ihr lediglich als eine Art Ausruhestätte auf ein paar Tage während ihrer Reise von Doorn nach Deutschland dienen.“

Neuer litauischer Willkür im Memelgebiet.

Dem verdienstvollen Leiter des Schulwesens im Kreise Dendberg, Schulrat Meyer, ist vom Memeldirektorium zum 1. Mai d. J. gekündigt worden. Als Grund wird angegeben, daß Schulrat Meyer, der Mitglied des aufgelösten memelländischen Landtages war, unabweisbare Behauptungen aufgestellt hätte, die geeignet seien, das Ansehen der Regierung herabzuwürdigen. Um welche Behauptungen es sich handelt, wird nicht angegeben. Die Entlassung ist schon aus dem Grunde völlig unzulässig, weil ein Disziplinarverfahren nicht vorausgegangen ist, obwohl das nach den bestehenden Gesetzen vorgeschrieben ist. Es ist höchste Zeit, daß sich der Völkerverbund endlich einmal mit den Vorgängen im Memelgebiet befaßt.

Aufhebung der Militärkontrolle in Ungarn.

Paris, 29. März. Nach Kenntnisnahme des Berichts der Kontrollkommission über den Stand der Ausführung der Entwaffnungsklauseln durch Ungarn hat die Völkerverbund-Konferenz in voller Übereinstimmung mit den an der Frage interessierten Regierungen beschlossen, daß die Tätigkeit der Kommission am 31. März eingestellt wird. Jedoch werden die Mitglieder der Kommission bis zum 15. Mai in Ungarn verbleiben, um gewisse noch ausstehende Arbeiten zu überwachen und den Schlußbericht endgültig fertig zu stellen.

Scharfes Vorgehen wird verlangt.

Washington, 29. März. Der amerikanische Gesandte in Peking hat telegraphisch das Staatsdepartement dringend ersucht, scharf vorzugehen, um eine Wiederholung der Ausschreitungen in Peking an anderen Orten innerhalb des von den Nationalisten besetzten Gebietes zu verhindern. Diesem Ersuchen war ein Bericht des Admirals Dough beigefügt, in welchem dieser erklärte, die Lage in Peking werde ständig kritischer. Im übrigen erklärte der Gesandte, daß noch einem Bericht aus Peking die Ausschreitungen dort noch schlimmer waren, als ursprünglich angenommen wurde. Der Terrorismus und das Vorgehen gegen die Fremden sei nicht nur offiziell begünstigt und geleitet, sondern auch vorbereitet worden. Der Gesandte fordert schließlich die sofortige Abreise aller Amerikaner aus den von den Nationalisten besetzten Gebieten.

Schanghai unter Kriegsrecht.

London, 29. März. Die heute in London eingegangenen Berichte aus dem fernen Osten lassen erkennen, daß die getriggerten Meldungen erheblich übertrieben waren. General Tchang-faisch hat im Eingeborenenviertel Schanghais das Kriegsrecht erklärt, um Ordnung zu schaffen. Wie weiter aus Schanghai berichtet wird, hat General Tchang-faisch heute dem amerikanischen Admiral Williams auf dessen Flaggschiff einen Besuch abgestattet.

Amerikas Chinapolitik.

Newport, 29. März. Nach einer Kabinettsitzung über China erklärte das Weiße Haus, daß die amerikanischen Truppen keinem fremden Oberbefehl unterstellt würden. Das Weiße Haus erklärt ferner, es könne infolge der unklaren Lage in China keine genaueren Mitteilungen über Amerikas künftige Chinapolitik machen; man sei auf alles vorbereitet, hoffe aber, daß keine weiteren Truppenaufstellungen notwendig sein würden. Die amerikanischen Konsulate seien unterrichtet, den amerikanischen Staatsbürgern im Innern Chinas nach Möglichkeit zur Abreise zu raten.

Im Wald von Compiègne.

(Schluß.)

Mit gemischten Gefühlen habe ich diese Zeilen immer und immer wieder gelesen, und sie haben sich mir tief eingegrät. Ich möchte nicht mehr, was ich denken sollte. Ich weinete innerlich Tränen über das traurige Schicksal unseres deutschen Volkes und eine Mut überkam mich gleichzeitig bei einer so entsetzten Beurteilung unseres deutschen Reiches. Man hat übrigens auch noch andere Gelegenheiten, sich von ähnlichen trübseligen und unsichlichen Äußerungen und Darstellungen zu überzeugen: so wenn auf Photographien der Rathbräle von Weims die Ueberschrift zu lesen ist: „Das deutsche Verbrechen.“ Ich könnte da Beispiele häufen, auch solche, die sich auf bildhafte Darstellungen beziehen. Links und rechts dieses Steines an einer weiteren Peripherie aber innerhalb dieses ungeheuren Waldes ist je ein Bahngleis sichtbar, das mich beim Betreten des Waldes selbst anmutete. Diese Gleise stehen aber mit der ganzen Geschichte in einem sehr engen Zusammenhang, so daß sie eine wesentliche, ja die eigentliche historische Bedeutung des ganzen Denkmals darstellen. Hier muß ich zum Verständnis auf die Vorgeschichte des Waffenstillstandes zurückgreifen. Als man von Verprechungen und Unterhandlungen sprach, welche den Zweck haben sollten, die Feindseligkeiten einzustellen, bestimmte der Marschall Foch diesen Schemenplan, von dem oben die Rede war, zur Aufstellung seines Wagens (Zweifellos eines Sammelwagens), um hier die deutschen Unterhändler zu empfangen. Das Gleise war während des Krieges für die Verbeschaffung von Granaten für die schwere Artillerie gebaut worden. Am 7. November 1918 fuhr der Wagen des Mar-

schalls auf dieses Gleise, und da dieses sich teilt, wählte er den linken Schienenweg. Am folgenden Morgen, am 8. November, folgten die deutschen Unterhändler ebenfalls in einem Wagen und fuhrten auf das rechte Gleise. Diese Gleise sind heute noch erhalten und der Ort, wo die Wagen standen durch eine Steinplatte mit Aufschrift gekennzeichnet. An der Stelle, wo der Wagen des Marschalls Foch stand, ist im Stein die Aufschrift „Le maréchal Foch“, auf dem andern in ca. 50 Meter Abstand las ich „Die deutschen Unterhändler“. Diese in den Boden eingelassenen Steinplatten sind von Eisen umgeben, die durch Ketten verbunden sind, welche aus französischem Kriegsmaterial hergestellt sind. Die Unterhandlungen wurden im Wagen des Marschalls Foch geführt. Es ist äußerst interessant, wie in französischer Darstellung zu lesen. Leider ist es nicht möglich, sie innerhalb dieses Rahmens wiederzugeben. Dieser nun schon einige Male erwähnte Wagen des Marschalls Foch ist übrigens heute als historische Denkwürdigkeit im Armeemuseum in Paris zu sehen. Er trägt die Aufschrift: „Armeemuseum in Paris“. Jeder Tisch ist noch mit einer Steinplatte mit prägnantem Schrift versehen. Der Wagen steht im Freien auf einem Gleise. Der Waffenstillstandsplan wird von Kriegsbefehlshängern gepflegt. Bei einem anderen Kriegsbefehlshängern, dem das ganze Geschäft furchtbar verwickelt ist, hat man Gelegenheit, sich Aufschlußarten zu kaufen. Die Einweihung des Waldes wurde am 11. November 1922 mit großer Festlichkeit und im Beisein zahlreicher hoher Persönlichkeiten, u. a. auch eines Pressevertreter von Etsch-Votbringen, begangen und es fehlte nicht an beräuschenden Reden, von denen die des Pressevertreterers uns sicher besonders interessiert, die erste Rede überragend, die stieg. Sein erster Satz lautet: „War es

nicht die standhafteste Vergewaltigung der Gerechtigkeit und des Rechts, das französische Vaterland zu zerschellen, ihm zwei seiner schönsten Provinzen abzunehmen, Etsch-Votbringen diese schmerzende Trennung aufzuerlegen und der Welt diese Ungerechtigkeit?“ Hr. Binef-Balmer: „Ich habe den Antrag erhalten, dieses Denkmal dem Herrn Marschall Foch zu übergeben, dieses Grab des Hochmuts der Eindringlinge, ein unvergängliches Zeugnis des edelsten Ruhmes, welcher je das Leben der Völker geschmückt hat, einen Ruhmes meiner französischen und verbündeten Kameraden und euren Ruhmes Herr Marschall, und euren Ruhmes Herr Präsident Poincaré, und euren Ruhmes Wälder der „Insel Frankreichs“ die ihr Paris gerettet hat.“ Hr. Poincaré schließt mit folgenden Worten: „Ich weiß es, Deutschland ist oft eitel gewesen, wenn es sich im Kampfe allein oder fast allein gegen eine furchtbarere Vereinigung sah. Hätte es sich nicht in Gegenteil sagen müssen, daß das Zustandekommen dieser internationalen Vereinbarung die schlagende Verurteilung der kaiserlichen Politik war. Und wie? hat es die Welt nicht verstanden, welche ihm ein so großer Teil des menschlichen Geschlechts durch eine gleichzeitige Bewegung gibt? Hier, meine Herren, ist diese Welt nach 4 Jahren beendet. Rüge es sie nie vergessen.“ Die Eindrücke des Tages waren zu stark, um auf der Heimfahrt noch für neue empfänglich zu sein. Erst die Strahlen des Scheinwerfers von Le Bourget weckten mich auf aus meinen Gedanken. Ein Leuchtturm mit rotierenden Scheinwerfern beleuchtete schon auf weite Entfernung die ganze Gegend geisterhaft, um plötzlich die Landschaft wieder ins Dunkel zurückzuführen zu lassen, und endlich tauchten wir unter im feinsten Lichtmeer der geräuschvollen Seinstadt. W. Sch.



Stadtpflege Neuenbürg.

Mahnung.

Morgen läuft die Frist zur Begleichung der mit besonderer Aufforderung vom 10. ds. Mts. angeforderten rückständigen Steuern, Abgaben, Holzgelde usw. ab. Ich bitte um rechtzeitige Bezahlung. Schuldner, die der Zahlung bis 31. März 1927 nicht nachkommen können und es unterlassen, um Stundung in der Stadtpflege nachzusuchen, erhalten keine Aufforderung mehr, müssen aber mit zwangsweiser Beitreibung rechnen. Stadtpfleger **G. H. S.**

Die Aufnahme in die Klein-Kinder-Schule

findet am **Mittwoch, den 20. April** statt. Die Kinder müssen das 3. Lebensjahr zurückgelegt haben. Neuenbürg, 29. März 1927. **Dr. Meierlin.**

Zwangsvorsteigerung.

In Wege der Zwangsvollstreckung sollen die auf **Margung Birkenfeld** belegenen, im Grundbuch von Birkenfeld Blatt 529a, Abt. I, Nr. 19 und 20 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen des **Jacob Schwärte**, Landwirts in **Birkenfeld** eingetragenen Grundstücke P. Nr. 4085: 24 a 63 m Acker im Riesbuckel, am 10. März ds. Js. gesch. zu 350 RM., Geb. Nr. 106 Dieltlinger Straße und P. Nr. 3501/2: 3 a 54 m Oekonomisegebäude mit Hofraum und Gemüsegarten, geschätzt zu 7000 RM.,

am **Montag, den 16. Mai 1927, nachmittags 3 Uhr** auf dem Rathaus in Birkenfeld versteigert werden. Der Versteigerungsvermerk ist am 9. Dezember 1926 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgelehrt werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt. Birkenfeld, den 25. März 1927. **Komm. für: Bezirksnotar Dopffel.**

Schüler-Aufnahme.

Die **Neu-Aufnahme** der Schulkinder des ersten Schuljahres findet am **Freitag, den 1. April, 9 Uhr vorm.**, im neuen Schulhaus statt. Birkenfeld, den 29. März 1927. **Ev. Volksschulrektora: Fautb.**

Feuerwehrlapelle Birkenfeld.

Einladung

zu dem am **Sonntag, den 3. April, abends 7 1/2 Uhr**, im Saale zum Hotel Schwarzwaldrand stattfindenden

Musik-Konzert,

wozu die Einwohnerschaft höflichst eingeladen ist. Leitung: Dirigent Herr Heinz. Reichhaltiges Programm. Eintritt 50 Pfg.

Danksagung.

Für die überaus wohlthuenden Beweise herzlichster Liebe und Teilnahme, die wir beim Heimgang unserer unvergesslichen, teuren Entschlafenen

Frau Emilie Trentzsch, geb. Müller,

in so reichlichem Masse erfahren durften, sagen wir allen Freunden und Bekannten innigen Dank.

Birkenfeld, den 29. März 1927.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Inverate heben den Umsatz.

Württ. Forstamt Liebenzell.

Nadel-Stammholz-Verkauf

im schriftlichen Ausschreib am **Mittwoch den 6. April 1927, mittags 12 Uhr** nach Ankunft der Füge in Bad Liebenzell im Gasthof „Hirsch“ aus Staatswald der Forstlehen Mötlingen u. Kaffeehof (Forstmeisterrevier) und aus einigen Waldteilen des Oberförsterreviers: 782 St. 3337 La., 707 St. 4 Wfo. mit Fm. Langb.: 114 I., 355 II., 775 III., 559 IV., 508 V., 115 VI. St.; Sägh.: 65 L., 100 II., 43 III. St. Losverzeichnisse und Angebotsordrücke durch die Forstdirektion G. f. S. Stuttgart.

Baum- und Nebenscheren

ein- und zweischneidig, in bekannt bester Qualität und jeder Preisliste empfiehlt

Gottlob Schumacher, Messerschmiedmeister, Pforsheim, Barfüßergasse 5 b. Schloß.

Neuenbürg.

Sonntag den 3. April 1927

in der Stadt. Festhalle

Große Beethoven-Feier

verankert von Musikdirektor Müller, der Orchester-Klasse seiner „Neuenbürger Musikschule“ und liebenswürdiger Mitwirkung von Frau Greta Paseka.

Der gesamte Reinertrag wird restlos den Bedürftigen der hiesigen Stadt zugeführt. Programm folgt. **Eintritt 1.- Mk.** Der Wohltätigkeit sind keine Grenzen gesetzt.

Sport-Kindlederstiefel

doppellohlig, kräftige Arbeitsstiefel, Größe 36-39 | Größe 40-46 A 12.- | A 18.75



empfehlen **Schuhgeschäft Rob. Hammer, Wildbad.**

BENUTZE

Marke **Widder.**



WIDDER-WACHS

1/4 Tonne (150 Pfund) ca. 700 neue leckere Salz-

Fett-Heringe 27 Mk. 1/4 Tonne ca. 330 14 1/2 Mk. 1/2 Tonne ca. 160 8 1/2 Mk.

9 Pfd. Holst. Schwelnschmalz, bestes 8.95 Mk. 9 Pfd. Holst. Tellerform Käse in Staniol 5.95 Mk. 9 Pfd. Holst. Holländerform Käse 8.95 Mk.

Ab hier gegen Nachnahme. R. Vann, Altona No. 488

Papier-Servietten,

mit und ohne Druck, liefert rasch die **C. Wech'sche Buchhandlung, Neuenbürg.**

Reisende

gesucht zum Vertrieb gesch. Bücher, welche jeder Gewerbetreibende haben muß. Nachweisbar große Erfolge. Es sollen sich jedoch nur energische, an intensive Tätigkeit gewöhnte Personen melden. Hohe Provision. Täglich Geld. Zuschriften unter Chiffre 5432 an die „Enztäler“-Geschäftsstelle.



Für wenig Geld können Sie das Beste haben.

Rama MARGARINE butterfein

Meistgekauftete Margarine-Markte Deutschlands

Die Qualität siegt!

1/2 lb nur

50 Pfg.

Beim Einkauf Kinderzeitung, Die Rama-Post vom kleinen Coco oder, Die Rama-Post vom lustigen Pips gratis.

Tischtuch-Krepp

(bei größerer Abnahme Vorzugspreise) empfiehlt

C. Wech'sche Buchhandlg., Neuenbürg.

Frische Eier

Weiterer Abschlag!

Extralewice Holländer

10 Stück 1³² RM. 25 Stück 3³⁰ RM. 50 Stück 6⁵⁰ RM.

Steierer

Originalware

10 Stück 1¹⁰ RM. 25 Stück 2⁷⁰ RM. 50 Stück 5⁴⁰ RM.

5% Rabatt

in Rabattmarken

Wasserglas

Pfannkuch

Herrenalb. Ein junges Ehepaar sucht für wenige Monate

Wohnung,

zwei möbl. Zimmer mit Küche oder Küchenherd. Angebote an die „Enztäler“-Geschäftsstelle.

H. M. „Traube“.



„Drogerol“ Ein erprobter Helfer bei der Kurzeit von Jangsch und Bruchstücken gegen Krankheiten und Seuchen für jede Landwirtschaft. Man kauft Drogerol nicht beim Drogerier, sondern in den einschlägigen Geschäften. Nur echt im Originalpackung mit der Schwanenmarke.

Chem. pharm. Fabrik Gebr. Herz, Gmb. & Co. Böhlingen Marke A 2 Bld. Pak. — 80. „ B 93% Paket 1.20. Erhältlich in Neuenbürg: Wilh. Fick, Wildbad: Eberhard-Drogerie, Birkenfeld: Karl Geiser, Bielefeld: M. Wöler, Calmbach: Drogerie Barth, Conweiler: C. Frank, Feldrensch: E. Böhlinger, Grödenhausen: R. Künzler, Herrnsalb: C. Bedde, Langenrand: H. Vitus, Ottenhausen: Karl Aßler, Rotensol: Karl Burchardt, Schwann: Ludwig Stoll.

Waldrensch. Ein junger schaffensfreudiger Gatter- und Kreis-Säger,

28 Jahre alt, mit guten Zeugnissen sucht sofort Stellung. Offerten unter **Nr. 100** an die „Enztäler“-Geschäftsstelle.

Wildbad.

Birka 100 Zentner prima

Heu

zu verkaufen. **Haber (Eiberg).**